Stand: 15.11.2025 23:53:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4065

"Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 1: Realität anerkennen - solidarisch handeln - Menschenrechte achten"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/4065 vom 05.11.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5324 des VF vom 10.02.2015
- 3. Beschluss des Plenums 17/5471 vom 26.02.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

05.11.2014 Drucksache 17/4065

Antrag

der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster. Kathrin Sonnenholzner. Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias SPD

Kurswechsel

in der europäischen Flüchtlingspolitik 1: Realität anerkennen – solidarisch handeln – Menschenrechte achten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen,

- dass die völkerrechtlich verbindlichen Menschenund Asylrechte – festgelegt v.a. in der Europäischen Menschenrechtscharta und der Genfer Flüchtlingskonvention – in allen Mitgliedstaaten der EU garantiert und eingehalten werden;
- 2. dass menschenwürdige Aufnahmebedingungen und faire Asylverfahren in allen EU-Mitgliedstaaten selbstverständlich werden;
- dass (See-)Notrettung und Flüchtlingshilfe vor Ort immer Vorrang vor Grenzschutz haben und entsprechende Einrichtungen und Rettungsmaßnahmen finanziell und personell bedarfsgerecht ausgestattet werden;
- 4. dass nationale Gesetze, die private Rettungsaktionen kriminalisieren, abgeschafft werden;
- dass nach Beendigung des italienischen Seenotrettungsdienstes "Mare Nostrum" unverzüglich ein gleichwertiger, umfassender EU-Seenotrettungsdienst im Mittelmeer zum Einsatz kommt;

- dass in Europa künftig einheitlich und nach objektiven Kriterien definiert und geregelt wird, welche Drittstaaten als sicher gelten können und welche nicht;
- dass EU-Mitgliedstaaten, die bei der Flüchtlingsaufnahme, bei Asylverfahren und Schutzgewährung die humanitären Mindestnormen des EU-Rechts derzeit nicht erfüllen können, solidarisch unterstützt werden;
- dass das Instrument humanitärer Visa in Europa, z.B. bei Natur- und anderen Katastrophen, ausgebaut und gestärkt wird;
- dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sowie die Flüchtlingsfonds besser als bisher ausgestattet werden.

Begründung:

Der globale Migrationsdruck steigt seit Jahren. Neben staatlicher politischer Verfolgung als völkerrechtlich "anerkanntem" Flucht- und Asylgrund, verlassen Millionen Menschen auf der Welt ihre Heimat, um Schutz vor Terror, (Bürger-)kriegen, Armut, Seuchen oder Naturkatastrophen zu suchen. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben sie keinen offiziellen Flüchtlingsstatus, sondern gelten "nur" als Migranten, obaleich sie ihre Heimat i.d.R. nicht freiwillig verlassen. Weil die Genfer Konvention nicht greift, entsteht eine Schutzlücke. Auch "subsidiären Schutz" können derzeit ausschließlich Flüchtlinge aus Kriegsgebieten beantragen, während nur vier bis sechs Prozent aller Asylanträge aus "humanitären Gründen" genehmigt werden. Aus humanitärer Sicht ist es aber unerheblich, ob das Leben eines Menschen durch staatliche Verfolgung, Krieg, Dürre, Überschwemmung oder Seuchen bedroht wird. Obwohl die Zahl der Asylanträge in der Europäischen Union im internationalen Vergleich nach wie vor eher gering ist (2013: ca. 435.000 von über 50 Mio. Menschen auf der Flucht), reagiert die europäische Staatengemeinschaft vor allem mit technisch und personell immer aufwändigeren Grenzüberwachungs- und Abschottungsmaßnahmen auf den wachsenden Flüchtlings- bzw. Migrantenstrom (Stichwort "Festung Europa"). Zuletzt beschlossen am 20. Oktober 2014 die EU-Innenminister im Rahmen einer neuen "EU-Strategie zur verbesserten Steuerung der Migrationsströme" die Überwachung und den Schutz der EU-Außengrenzen durch Frontex erneut zu verstärken. Wenn der italienische Seenotrettungseinsatz "Mare Nostrum" aus Kostengründen eingestellt und am 1. November 2014 nur durch die deutlich kleinere EU-Such- und Rettungsoperation "Triton" ersetzt wird, ist zu befürchten, dass wieder sehr viel mehr Bootsflüchtlinge im Mittelmeer ertrinken.

Im Bewusstsein ihrer humanitären Traditionen darf die europäische Gemeinschaft Menschenrechtsverletzungen und humanitäre Katastrophen an ihren Außengrenzen nicht billigend in Kauf nehmen. Gleichzeitig kann in einem Europa ohne Binnengrenzen kein Mitgliedstaat den Flüchtlings- und Migrantenstrom im Alleingang bewältigen. Es ist höchste Zeit, sowohl die reguläre als auch die "irreguläre" Migration Richtung Europa als Realität anzuerkennen, gemeinsam einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten sicherzustellen und alles daranzusetzen, humanitäre Katastrophen wie vor Lampedusa zu verhindern.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/5324 10.02.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD Drs. 17/4065

Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 1: Realität anerkennen - solidarisch handeln - Menschenrechte achten

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Franz Schindler Berichterstatter: **Karl Straub** Mitberichterstatter:

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 10. Februar 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.02.2015 Drucksache 17/5471

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias SPD

Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 1: Realität anerkennen – solidarisch handeln – Menschenrechte achten

Ablehnung

Drs. 17/4065, 17/5324

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummer 18, die einzeln beraten werden soll, und die Listennummer 23, die im Einvernehmen der Fraktionen abgesetzt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dienstfahrzeuge für die Bayerische Eich- und Beschussverwaltung Drs. 17/2519, 17/5151 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Master-Plätze ausbauen – Hürden zwischen Bachelor und Master abbauen! Drs. 17/2548, 17/5231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

Anlage 1
zur 38. Vollsitzung am 26. Februar 2015

3.	Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Erwin Huber, Klaus Stöttner u.a. CSU Nachhaltige und dauerhafte Finanzierung von Kurorten und Heilbädern sicherstellen Drs. 17/2783, 17/5152 (E)			
	Votum des federführe Staatshaushalt und Fi	nden Ausschusses für nanzfragen		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
4.		ınd Fraktion (BÜNDNI) n nach Bulgarien ausse	S 90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführe Verfassung, Recht un	nden Ausschusses für d Parlamentsfragen		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	ENTH	
5.	Suchtprävention bei J Datengrundlage für di Drs. 17/3655, 17/5331	PD ne stark machen – ges ugendlichen – e Arbeit vor Ort schaffe	undheitliche Vorsorge en	verbessern I:
	Gesundheit und Pfleg			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			

Anlage 1
zur 38. Vollsitzung am 26. Februar 2015

6.	Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der eu	eten Hans-Ulrich Pfaffr uropäischen Flüchtling - solidarisch handeln – 4 (A)	spolitik 1:	
	Votum des mitberater	FREIE WÄHLER gem nden Ausschusses für angelegenheiten sowie		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
7.	Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der et	eten Hans-Ulrich Pfaffr uropäischen Flüchtling äisches Asylsystem (G 5 (A)	spolitik 2:	
	Votum des federführe Verfassung, Recht un	nden Ausschusses für d Parlamentsfragen		
	csu	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
8.	Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der et	eten Hans-Ulrich Pfaffr uropäischen Flüchtling Quotenregelung gerec 5 (A)	spolitik 3:	pacher
	Votum des federführe Verfassung, Recht un	nden Ausschusses für d Parlamentsfragen		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

Anlage 1
zur 38. Vollsitzung am 26. Februar 2015

9.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 4: Fluchtursachen bekämpfen, Entwicklungshilfe verstärken Drs. 17/4068, 17/5327 (A)				
	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	csu	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
10.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib u.a. SPD Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 5: Gesamteuropäisches Einwanderungs- und Integrationskonzept erarbeiten Drs. 17/4069, 17/5328 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
11.	Antrag der Abgeordnet Joachim Unterländer u Probleme in der Pflege Drs. 17/4170, 17/5332	i.a. CSU e beheben – Überprüfu			
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU) Europäische Bankenabgabe Drs. 17/4177, 17/5292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen – Laufzeit des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfsorientiert aufstocken Drs. 17/4180, 17/5177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)

Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe überarbeiten

Drs. 17/4192, 17/5293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bankenabgabe für Sparkassen- und Genossenschaftsbanken verhindern Drs. 17/4193, 17/5294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzept für eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Prag Drs. 17/4316, 17/5178 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Betäubung von Schweinen mit Helium Drs. 17/4317, 17/5141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bekämpfung der Ursachen sogenannter Armutsmigration in den Herkunftsländern Drs. 17/4319, 17/5302 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD
 Sozialen Wohnungsbau in den Kommunen fördern Drs. 17/4322, 17/5180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD

Die Realschulen nicht alleine lassen – kleinere Klassen, mehr guten Ganztag, mehr Förderung für gymnasial geeignete Schülerinnen und Schüler Drs. 17/4442, 17/5215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. und Fraktion (SPD)

Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen

Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen Drs. 17/4455, 17/5329 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU) Plattform Gesundheitswirtschaft Drs. 17/4475, 17/5295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Der Antrag wird im Einvernehmen mit den Fraktionen abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl u.a. SPD Novembersteuerschätzung 2014 und Auswirkungen auf den Staatshaushalt 2015/2016 Drs. 17/4488, 17/5150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

25.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!
	Drs. 17/4500, 17/5297 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umsetzung der interfraktionellen Resolution zur Aufarbeitung der Situation ehemaliger Heimkinder in Bayern und zur Umsetzung des Fonds Heimerziehung auf Bundesebene Drs. 17/4508, 17/5181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

27. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU Fonds Heimerziehung in der Bundesrepublik in den Jahren 1949 bis 1975 Drs. 17/4605, 17/5183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD) Informationen über die Sekte "Zwölf Stämme" weitergeben! Drs. 17/2553, 17/5298

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD Bodensee-Schifffahrts-Ordnung (BSO) Drs. 17/3189, 17/5158

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung Drs. 17/3293, 17/5162

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
 Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Hände weg vom § 13a Einkommensteuergesetz – vereinfachte Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen erhalten
 Drs. 17/3716, 17/5147 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Berichtsantrag zur Breitbandversorgung von Schulen in Bayern Drs. 17/4324, 17/5163

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine restriktiven Vorgaben für die Testphase zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums Drs. 17/5028, 17/5165

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abgrenzung der FFH-Meldungen bürger- und kommunalfreundlicher gestalten – Mehr Zeit für aufwändige Recherche Drs. 17/5033, 17/5194

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Informationsmaterialien zur "Mittelstufe Plus" zur Verfügung stellen Drs. 17/5202, 17/5291

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen Drs. 17/4473, 17/5245 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z